



NATIONALRATSABGEORDNETER

HERMANN GAHR



Weiental 37 | 6123 Terfens

0664 / 454 08 30

hermann.gahr@parlament.gv.at | www.gahr.at

GREIFBAR | ERREICHBAR | EINSETZBAR

Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 42 | 18. November 2011

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

Auch in einem erschwerten wirtschaftlichen Umfeld bleibt es zentrale Aufgabe der Budgetpolitik, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig zu sichern. Die „Drei-Säulen-Strategie“ der Bundesregierung aus Konsolidierung, Strukturreformen und Wachstumsförderung wird im Budget 2012 konsequent fortgesetzt.

Es werden Offensivmaßnahmen fortgeführt, um auch mittelfristig Wachstum und Beschäftigung zu sichern. Durch verstärkte Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung, Wissenschaft, Umwelt und Infrastruktur wird das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft erhöht.

Das Budget 2012 sieht in den prioritären Bereichen eine Fortsetzung der budgetären Mittel auf hohem Niveau vor:

- Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung steigen auf 4.330,7 Mio. €. Wie auch im Jahr 2011 stehen für die Universitäten und Fachhochschulen im Rahmen der Offensivprogramme Mittel in Höhe von 80 Mio. € zur Verfügung und die Sondermittel für die Forschungsförderung (inkl. steuerliche Förderungen) betragen wie 2011 100 Mio. €. Ziel ist weiterhin die Anhebung der F&E-Quote auf 3,76 % bis 2020.
- Im Bereich Bildung ist der weitere Ausbau der Ganztagsbetreuung ein Schwerpunkt, wofür auch im Jahr 2012 80 Mio. € an Offensivmitteln zur Verfügung stehen. Bedeutende Mittel stehen für die flächendeckende Umstellung der Hauptschulen auf Neue Mittelschulen bereit. Weiterhin fortgeführt wird die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf den Richtwert von 25 Schüler pro Klasse in den Pflichtschulen und besonders in der AHS-Unterstufe.
- Im Pflegebereich haben die Sicherung der Qualität und eine an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte, leistbare Weiterentwicklung des Pflegevorsorgesystems sowie der Verfügbarkeit von sozialen Diensten Priorität. Zur weiteren Absicherung der Pflege wurde ein Pflegefonds eingerichtet, welcher 2012 mit 150 Mio. € dotiert wird.
- Im Bereich der Familie sind 6.331 Mio. € vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt auf der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in der Förderung einer höheren Frauenerwerbsquote.
- Für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes für Unter Drei Jährige werden in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils 15 Mio. € zur Verfügung gestellt.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist eines der wesentlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer Beschäftigung. 2012 werden für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik rund 1.940 Mio. € eingesetzt.
- Die vorgesehenen Ausgaben für den Bereich Umwelt steigen um 142 Mio. €. Der Klima- und Energiefonds ist 2012 mit 175 Mio. € budgetiert. Für die Förderung der thermischen Sanierung werden 100 Mio. € zur Verfügung gestellt.

- Für den Ausbau und den Betrieb der Bahnen sind im Budget 2012 1.685 Mio. € vorgesehen.

Mit dem Budget 2012 setzen wir ein klares Signal der budgetpolitischen Berechenbarkeit und der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes.

Schuldenbremse

Im Lichte der internationalen Budget- und Finanzkrise müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um diese gute Position auch zu halten. Österreichs Wirtschaft ist mit anderen Ländern verflochten - etwa mit Italien und Ungarn -, die wie alle anderen vom Funktionieren der Finanzmärkte abhängen. Damit kann die Lage auf den Finanzmärkten auch für Österreich in naher Zukunft zum Problem werden. Daher hat die Bundesregierung in der Ministerratssitzung eine Schuldenbremse beschlossen. Im Parlament wird sich zeigen, ob auch die Oppositionsparteien Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernehmen wird. Für die notwendige Verfassungsmehrheit ist die Zustimmung von zumindest einer Oppositionsfraktion notwendig.

Durch die Schuldenbremse sollen die Maastrichtkriterien von maximal 60 Prozent Staatsverschuldung im Jahr 2020 erreicht werden. Österreich muss daher seine Verschuldung von rund 73 Prozent auf 60 Prozent drücken.

Ab 2017 soll das strukturelle Defizit 0,35 Prozent des BIP nicht überschreiten. Das ist eine wichtige Grundlage für die nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfähigkeit Österreichs.

Länder und Gemeinden müssen ausgeglichen bilanzieren – wenn sie die Defizitvorgaben überschreiten, müssen sie selbst Strafzahlungen leisten.

Ausnahmen gibt es in Katastrophenfällen bzw. wenn die Konjunktur in eine Krise abrutscht.

Das Defizit und das Ziel, die Staatsverschuldung unter 60 Prozent zu bekommen, werden im Artikel 13 implizit in der Verfassung verankert. Endgültig soll das Ziel 2020/21 erreicht werden.

SVP-Delegation zu Besuch im Parlament



Eine Delegation der Südtiroler Volkspartei bei einer Aussprache im ÖVP-Klub: Südtirolsprecher NR Hermann Gahr, SVP-Klubobmann im Landtag Elmar Pichler Rolle, ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf, Landesrat SVP-Parteibmann Richard Theiner, SVP-Fraktionsführer im römischen Parlament Siegfried Brugger (v.l.)

Gahr: Zweite Polizeireform bringt klare Strukturen

Bisher gab es bei der Spitze der Polizeibehörden in Österreich eine Vielfalt an Zuständigkeiten, aufgeteilt auf drei Organisationseinheiten. "Nun wurden mit Mut, Kompetenz und dem Ziel, effizientere Strukturen zu schaffen, die Weichen für die Zukunft gestellt. Durch die geplante Verschlankung der Führungsstruktur spart man Kosten und es gibt weniger Anlaufstellen sowie insgesamt mehr Service für die Bürgerinnen und Bürger. Die Zusammenführung von Behörden und Wachkörpern wird einfacher und schlanker", lobt ÖVP-Abg. Hermann Gahr die zweite Polizeireform, die heute, Donnerstag, präsentiert wurde. Besonders positiv und erfreulich sei auch, dass langfristig öffentliches Geld gespart wird und dieses sinnvoll im Polizeisystem eingesetzt wird.

Mit der Zusammenführung der acht Sicherheitsdirektionen, 14 Bundespolizeidirektionen und neun Landespolizeikommanden ist ein großer Schritt zur Verwaltungsreform gelungen. Geplant ist, dass bis Herbst 2012 die neuen Landesspolizeidirektionen eingerichtet werden. "Die Arbeitsgruppe hat zur zweiten Polizeireform gute Arbeit geleistet. Nun geht es unter Einbindung aller Beteiligten in die Umsetzung der geplanten Neustrukturierung. Mein Dank gilt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner für ihre Initiative, die sicherheitsbehördlichen Strukturen zu optimieren", schließt Gahr.

Gahr: Wahlfreiheit statt verpflichtender Ganztagschule

Das Bildungsbudget wird 2012 höher sein als 2011 und insgesamt das höchste der Zweiten Republik. "Investition in die Bildung bedeutet auch immer Investition in die Zukunft unserer Jugend, und daher ist die Steigerung sehr zu begrüßen. Die Schwerpunkte in der Bildungspolitik sind mit dem Ausbau der Neuen Mittelschule und der Senkung der Klassenschülerzahlen auf 25 richtig gesetzt, da diese Maßnahmen mehr Qualität in den Schulen bedeuten", sagte ÖVP-Abg. Hermann Gahr heute, Donnerstag, im Plenum des Nationalrates.

Gerade die in Umsetzung stehende Neue Mittelschule bringe Schwung und Herausforderungen im Bildungssystem. Bis zum Schuljahr 2015/2016 sind alle Schulen in Österreich beim Modell dabei. Durch zusätzliche Wochenstunden ist es möglich, mehr auf die Schülerinnen und Schüler einzugehen und die soziale Kompetenz zu fördern. Gahr: "Die ÖVP bekennt sich zum Ausbau der Tagesbetreuung und zu Maßnahmen, die Integration fördern."

Was die Intention der Bildungsministerin in Richtung Ganztagschule angeht, gibt sich Gahr, Mitglied im Unterrichtsausschuss, jedoch skeptisch: "Entscheidend ist die Wahlfreiheit für die Eltern, aber auch die Verantwortung der Gesellschaft. Natürlich braucht es für die Vereinbarung von Familie und Beruf entsprechende Nachmittagsbetreuung, diese kann jedoch nicht verpflichtend sein. Die Werbetour der SPÖ für die Ganztagschule geht deshalb in die falsche Richtung", schließt Gahr.

Es grüßt Euch aus Wien,

